

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 13

Artikel: Die Renitenz ist plötzlich da : Bulgarien, der Mustersatellit: das war einmal : aus einer passiven Bevölkerung wurde eine Masse von Kleinsaborateuren
Autor: K.D.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094116>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bulgarien, der Mustersatellit: Das war einmal

Die Renitenz ist plötzlich da

Aus einer passiven Bevölkerung wurde eine Masse von Kleinsaboteuren

Bulgariens guter Ruf als zuverlässiger Satellit im Sowjetlager hat seine Gültigkeit verloren. Jedenfalls zur Hälfte: Das Regime ist zwar nach wie vor und womöglich mehr denn je bemüht, ihn zu wahren, aber die Bevölkerung sabotiert ihn heute. Und nicht einmal nur im übertragenen Sinne.

In der Nacht vom 13. Januar 1978 gingen in Bulgarien die Lichter aus. Ein Stromausfall von gigantischem Ausmass hatte beinahe das ganze Land heimgesucht. Man sagte: Das kann passieren. Pannen gehören dort zum Produktionssystem. Doch heute glaubt man nicht mehr, dass «es» unbeabsichtigt passiert ist. Einige Energiestationen waren noch bis in den späten Frühling hinein lahmgelegt. Mit blosser Schlamperei ist das nicht mehr zu erklären. Also Sabotage. *Wenn* es aber Sabotage war, dann hat es sich um den wahrscheinlich grössten konkreten Sabotageakt gehandelt, der im sowjetisch dominierten Osteuropa je verübt wurde. Und das ausgerechnet in Bulgarien, im brävsten Land des Sowjetlagers. Wie ist das möglich?

Von der Planrettung...

Möglich geworden ist das durch ein Bündel von Regierungsmassnahmen, die eine lethargische Bevölkerung aktivieren sollten. Das ist auch gelungen, nur anders, als die Führung es sich vorgestellt hatte. Eine Kettenreaktion hat latente Unzufriedenheit akut gemacht.

Die Initialzündung besorgte das Regime selbst vor zwei Jahren, als es den Fünfjahresplan 1976 bis 1980 auf Kosten der Bevölkerung retten wollte.

Das Entwicklungskonzept sah die Vollendung mehrerer grossindustrieller Anlagen vor. Aber schon zu Beginn der Planperiode geriet alles ins Stocken. Von den systemeigenen Gründen abgesehen, hatte das eine doppelte Ursache: den Preisanstieg sowohl der westlichen Technologie als auch des sowjetischen Erdöls.

In Sofia gedachte man die importierte Teuerung zu kompensieren, ohne das Aufbauprogramm zurückzustecken: Man wollte einerseits Sparmassnahmen treffen und andererseits den Export an landwirtschaftlicher Produktion vergrössern.

— Die Sparmassnahmen konzentrierten sich um ein neues Lohn- und Preissystem, das man 1976

einführte. Tatsächlich ist man heute, nachdem es seit zwei Jahren in Kraft ist, immer noch mit seiner Einführung beschäftigt, weil es ganz einfach nicht durchgesetzt werden konnte. Der Widerstand bei den Arbeitnehmern erwies sich (fast) überall als zu gross. Unbeschadet seiner schönrechnerischen Präsentation hätte das neue System nämlich zur Hauptsache eine Einkommensverminderung für nahezu zwei Millionen Werktätige (unter den knapp neun Millionen Einwohnern des Landes) gebracht. Im weiteren sah man vor, durch Verminderung der unproduktiven Arbeit zu sparen, indem man im Laufe des Fünfjahresplans 50 000 Leute aus der Staatsverwaltung in die Industrie «transferieren» wollte. Damit wirft man indirekt ein Licht auf den Nutzen der Staatsbürokratie, aber direkt wirft man Leute aus ihrem Arbeitsplatz, und das haben sie nicht gern.

— Die verstärkte Ausfuhr an landwirtschaftlichen Produkten ihrerseits suchte man durch eine Anbauschlacht zu bewerkstelligen. Man bot organisierte Bevölkerungsteile zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung in Gemüseplantagen auf, aber weil die freiwilligen Arbeitsverpflichtungen nur unwillig eingegangen wurden, blieb der Erfolg dieser Aktion bescheiden. Dafür trat eine Verknappung von Lebensmitteln ein, an denen schon zuvor kein Ueberfluss geherrscht hatte. Am Ende bedeutete die propagierte Exportförderung den Einwohnern nur noch das: die Ausländer kriegen unser Essen.

...zur Eskalation

Alles in allem war das Regime in der Durchführung seiner Massnahmen lange nicht so eisern, wie es in der Beschlussfassung gewesen war, aber das bewirkte keine Versöhnlichkeit, sondern nur eine Erosion seiner Autorität. Die Bemühungen um ihre Wiederherstellung brachten neue Unzufriedenheit hervor, und heute wuchert sie überall.

● Der Bevölkerung, die in Bulgarien keine Hochkonjunktur abzubüssen hat, fehlt jegliches Verständnis für ein Austerity-Programm. Und der kleine Mann ist ohnehin der Ueberzeugung, dass die Opfer nur ihm und seinesgleichen zugemutet werden, nicht aber der neuen Klasse. Dass ausgesprochen viele höhere Funktionäre «in die Wüste geschickt» worden sind, tröstet ihn überhaupt nicht. Für ihn leben sie auf üppigen Oasen, die Strafe für Fehler, die der einfache Werktätige auslöffen muss.

● Auf den spürbaren Unwillen der Bevölkerung hat das Regime wieder einmal reflexsicher mit Feindbehandlung nach seinen eigenen Kriterien reagiert und damit glücklich zusätzliche Opposition geschaffen. Landesweite Kampagnen gegen ideologische Subversion und ein wütender antireligiöser Aufklärungsfeldzug waren die Antwort darauf, dass die Leute nicht für eine neue Fastenzeit zu haben waren. Der Erfolg dieser traditionellen Ablenkungs- und Sündenbockpolitik ist an einem Indiz zu erkennen: Man musste die Bestände der Hilfspolizei drastisch erhöhen.

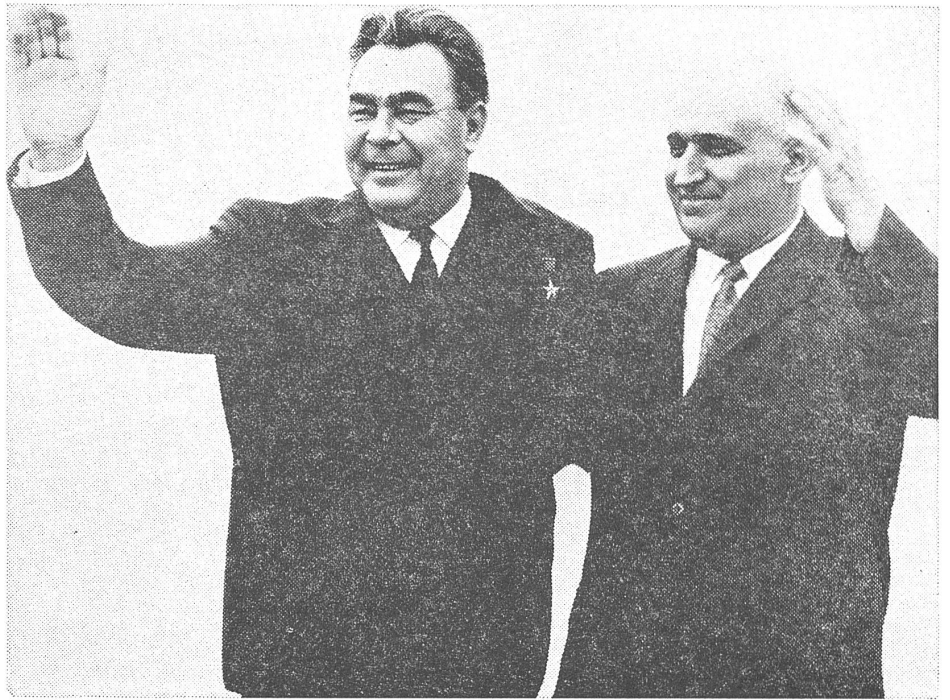
● Die Aufgabe, das Volk für mehr Arbeit bei weniger Konsum zu begeistern, oblag und obliegt hauptsächlich den sogenannten gesellschaftlichen Massenorganisationen, wie Gewerkschaft, Jugendverband usw. Sie führen jeweils Versammlungen, Diskussionen und dergleichen durch. Diese «Transmissionsriemen» wurden von der Parteiführung zuallererst für das fehlende «positive Echo» verantwortlich gemacht; man grub Missstände in Fülle aus, vom Alkoholismus gesellschaftlicher Funktionäre bis zur mangelnden ideologischen Festigkeit (die dadurch kaum besser geworden ist). Unter den früher hochgelobten Hilfstruppen der Partei hat das zu Verstimmlung geführt. Besonders merkwürdig ist sie in der Jugendorganisation (DKMS) und in der Armee. Natürlich hat die Partei ihren Apparat für Public Relations durchaus noch im Griff, aber die erzwungene Selbstkritik macht das Theater für die Öffentlichkeit auch nicht schmackhafter;

eine Liebhaberbühne sollte wenigstens dergleichen tun können.

● Wenn es akute Schwierigkeiten gibt, muss man personelle Änderungen aus Bedarfs- und Alibi-Gründen immer auch «oben» vornehmen. In Bulgarien hat man das in den letzten zwei Jahren ausgiebig getan, und zwar gleichzeitig in der Parteiführung (Zentralkomitee und Politbüro), in der Regierung und im Jugendverband. Der Partei- und Staatschef Todor Schiwkov gedachte offenbar, diese Notwendigkeit zur Stärkung seiner eigenen Position zu nutzen. Und zwar so, dass er freiwerdende Posten fleissig Angehörigen seiner eigenen Familie zuhielt und diese Clanwirtschaft durch betontes Sowjetisierungsstreben absicherte. Vor Intrigen durch Rivalen in der Führung ist er dadurch vielleicht besser geschützt. Aber mit Sicherheit hat er gleichzeitig die landesweite Verachtung für sein persönliches Regiment nur gefördert. Wenn man in Polen dem Parteichef Gierek zugute hält, dass er mit den Sowjets existieren muss, so lastet man in Bulgarien dem Parteichef Schiwkov an, dass er ohne die Sowjets nicht existieren kann.

● Unter anderem in diesem Zusammenhang ist ein Phänomen zu beachten, das in Bulgarien neu ist. Seit zwei Jahren tauchen in den grösseren Städten Protestinschriften auf den Mauern auf. Sie zeichnen sich praktisch allesamt durch die Eigenschaft aus, dass sie auf Schiwkov persönlich gemünzt sind. «Wir brauchen nicht Schiwkov, wir brauchen Rindfleisch.» Man kann ähnliche Gedankengänge auch in gröberer Version haben. Hier geht es nicht um den Geschmack, sondern um das Symptom. Auf jeden Fall sind die Autoren solcher Bekundungen nicht auf die Verführung durch subversive Intellektuelle angewiesen.

● Intellektuelle Dissidente sind in Bulgarien oppositionell weniger tonangebend als anderswo,



Was war «für Bulgarien das wichtigste innen- und aussenpolitische Ereignis im Jahre 1977»? Es war laut «Bulgarien heute», Sofia, Nr. 9/1977 ein Besuch Schiwkovs in der Sowjetunion. Besser lässt sich das offizielle Verhältnisgefühl nicht dartun. Bild: Vormund und Mündel auf einer früheren Erinnerungs-photo.

aber es gibt sie auch. Das Regime wittert ihre zersetzende Tätigkeit allenthalben, nur zuweilen dort nicht, wo sie offen zutage tritt. Letztes Jahr konfiszierte man nachträglich eine Ausgabe der Tageszeitung «Narodna Mladesch», in der Radoi Ralin und Boris Dimowski eine bittere Betrach-

tung zum Stand der Nation publiziert hatten. Die Beschlagnahme machte das von Kennern beachtete Versehen zur landesweit goutierten Groteske; 60 000 Exemplare waren schon verkauft und liessen sich nicht mehr einsammeln.

● Der Widerstand der Arbeiterschaft gegen das neue Preis- und Lohnsystem gipfelte im Herbst 1977 in einem viertägigen Streik von Bergleuten. Die Arbeitsniederlegung erfolgte spontan auf die Ankündigung der Administration, im Rahmen der versuchsweisen Einführung des Systems faktische Lohnkürzungen vorzunehmen. Die illegale Aktion (Streiks sind im Sowjetlager verboten) hatte zahlreiche Verhaftungen zur Folge, und die mutmasslichen Anstifter wurden von der Polizei verprügelt. Doch in der Sache selbst sah sich die Bergwerksleitung zum Einlenken veranlasst. Die angekündigten Neuerungen wurden rückgängig gemacht, das heisst «provisorisch suspendiert», wie man zur Gesichtswahrung bekanntgab.

● Die offene Auseinandersetzung blieb Einzelfall, aber der unterschwellige Widerstand anderswo erwies sich ebenfalls als effektives Hemmnis für die Durchführung von Sparmassnahmen auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1976 und das ganze Jahr 1977 über versuchte das Regime praktisch vergebens, das neue Lohn- und Preissystem zu verwirklichen. Schliesslich gelangte es nur in einigen ausgesuchten Unternehmungen «auf experimenteller Basis» zur Anwendung. Sonst kam man über propagandistische Anläufe nicht hinaus. Warum? Die Belegschaften handelten nach dem Motto «Was man uns vom Lohn stiehlt, das stellen wir uns von der Fabrik zurück». Wo immer man die Schraube anziehen wollte, reagierten die Arbeiter mit vermehrtem Absentismus, mit Arbeitsverzögerung und mit Entwendung von Material.



Freiwilligenbrigade auf dem Land: Aber die Munterkeit ist abhanden gekommen.

Sie machten Badeferien am Nordpol ?

Weil Sie keinen Reiseführer aus der Buchhandlung SOI benützten.

Denn: Für alle Bücher

Buchhandlung SOI

Jubiläumsstr. 41, 3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 15 / 43 12 12
Telex 32728

● Die Aufstellung von Freiwilligenbrigaden für Landdienst und sonstige Saisonarbeit bringt wirtschaftlich weniger ein als erwartet, macht aber bei den Betroffenen böses Blut. Zielgruppen für diese unterbezahlte bis unbezahlte Tätigkeit sind Studenten und Schüler, Büroangestellte, Soldaten und Lehrer. Die «freiwillige gesellschaftliche Arbeit» ist an sich eine alte Gepflogenheit im ganzen Sowjetlager; man übt sie normalerweise vor allem in den Jugendverbänden. Doch die bulgarische Aktivierung dieser Idee besteht darin, dass sich die Leute für 53 Tage Frondienst im Jahr verpflichten sollen, und das ist kein Spass mehr. Nun kann man bestimmte Kategorien von Leuten sehr stark zu einer solchen Verpflichtung «motivieren» (zum Beispiel ist das gesellschaftliche Verhalten ein Kriterium für die Zulassung zum Hochschulstudium), aber wenn sie dann ihrer Pflicht nur widerwillig nachkommen, schaut entsprechend wenig heraus. Insgesamt ist die Bewegung kaum auf Gegenliebe gestossen.

Eine Oppositionsreserve

Das ist eine summarische Uebersicht über die akute Unzufriedenheit in Bulgarien. Die latente Unzufriedenheit kommt noch hinzu. Sie umfasst durchaus noch Reserven, die eines Tages «an die Front kommen» könnten.

In diesem Zusammenhang ist auf das kompakte und intakte oppositionelle Potential einer Bevölkerungsgruppe hinzuweisen, die allerdings in völliger Isolierung lebt.

Es handelt sich um die anderthalb Millionen bulgarischer Moslems. Sie haben geschlossene Siedlungsgebiete einmal in der nordbulgarischen Gegend von Schumen und dann im Rhodope-Gebirge an der Grenze zu Griechenland in Südbulgarien. Die Feindschaft dieser Leute zu Regime, System und Ideologie des offiziellen Bulgariens ist ganzheitlich und ungebrochen. Mit grosser Zähigkeit haben sie ihren Glauben, ihre Kultur und ihre gesamte Lebensweise gegen alle Repression verteidigt, die sogar Todesurteile umfasste. Sehr wenig Erfolg hatten bisher auch Agitation, Propaganda und Schulung.

Weil die bulgarischen Mohammedaner auch mentalitätsmässig sozusagen in Enklaven leben, haben sie freilich auch wenig Anteil an den aktuellen oppositionellen Strömungen, seien sie nun marxistisch oder antimarxistisch. Ueberdies fehlen den Angehörigen dieses relativ grossen Volksteils die Kommunikationsmittel. Sie haben überhaupt keine eigenen Informationsmedien; mit Unterbindung dieser Aussprachemöglichkeit will das Regime dem «natürlichen Absterben» des Islams in Bulgarien nachhelfen. Indessen bleibt es dabei, dass die Moslems die homogenste Gegnerschaft zum Regime darstellen. Gewiss vermittelt sie in ihrer zurückgezogenen Beharrlichkeit ein statisches Bild. Aber bis vor kurzem hat Bulgarien insgesamt das Bild eines gehorsamen Satelliten geboten, und das muss man jetzt korrigieren.

Anschlussfragen aktiv und passiv

Die Aussenpolitik Bulgariens besteht aus Sowjethörigkeit. Sie hat sich in den letzten Jahren noch akzentuiert.

Nicht im Widerspruch dazu steht aber die Mazedonienfrage als spezifisch bulgarisches Seilziehen mit Jugoslawien. Für Moskau ist das Motiv bloss ein mögliches Druckmittel auf Belgrad; Sofia wird je nach der momentanen politischen Opportunität von den Sowjets angehalten, die

Frage international einmal aufzuwärmen und dann wieder abkühlen zu lassen.

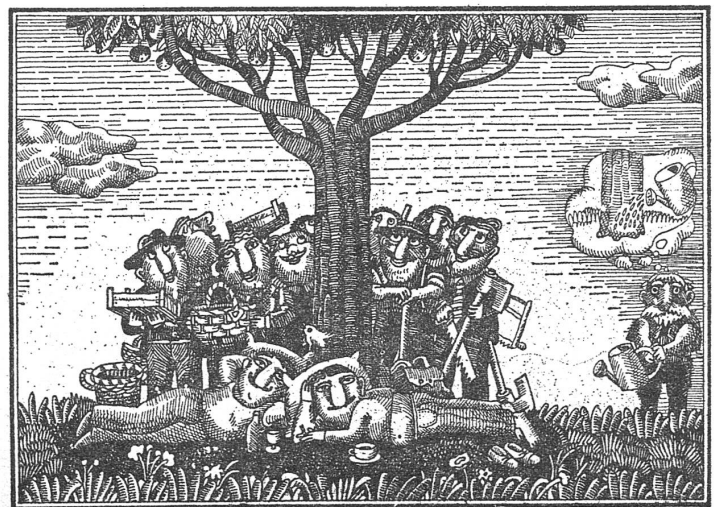
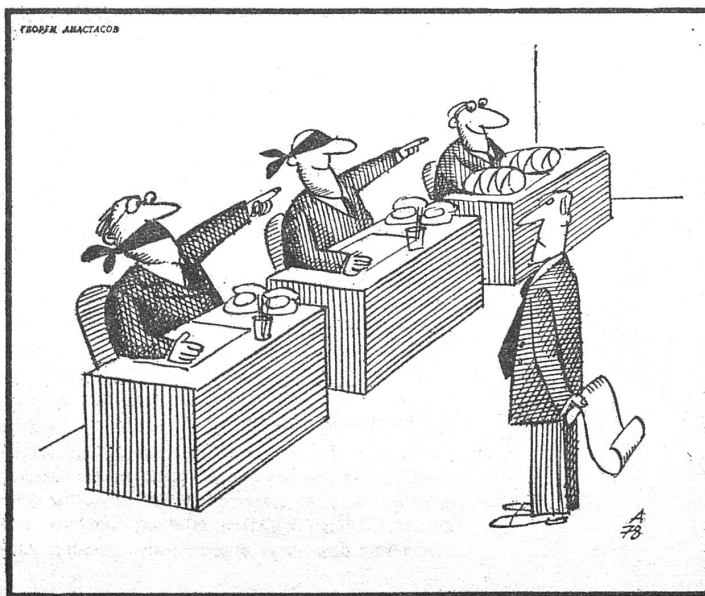
Daneben ist Mazedonien für das bulgarische Regime ein innenpolitisches Traktandum. Auf Versammlungen wird den Leuten dargelegt, dass die Bewohner der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien in Wirklichkeit Bulgaren seien, die von den Jugoslawen unterdrückt würden. Eine eigentliche Kampagne solcher Aufklärung gab es im Winter 1977; besonders eingesetzt wurden dazu die Politorgane der Armee, der Schriftstellerverband und das Kulturministerium (das von einer Tochter Schiwkows geleitet wird). Ob das als Vorbereitung für ein allfälliges Anschlussverfahren anzusehen ist, wird die Zeit nach Tito zeigen; mindestens nebenbei will man mit den Sorgen der Landsleute jenseits der Grenzen sicherlich von den Sorgen der Landsleute diesseits der Grenzen ablenken.

Zur inoffiziellen Diskussion steht mittlerweile ein ganz anderer Anschluss. In Interpretierung markant sowjetbezogener Äusserungen der bulgarischen Parteiführung ist in der westlichen Presse mehrmals die Vermutung geäussert worden, Bulgarien könnte als 16. Sowjetrepublik in die UdSSR integriert werden.

Einsichtig ist dabei, dass Schiwkov sich jetzt schon so aufführt, als sei er Parteichef der 16. Sowjetrepublik. Und eben deshalb ist es weniger einsichtig, welches Interesse Moskau an der Formalisierung dieser Sache haben sollte. Gerade, wenn man seine Statthalter sicher in der Hand hat, möchte man sie besonders gern als unabhängige Verbündete deklarieren; wozu sollte die Sowjetunion ihrem internationalen Image mutwillig schaden?

Wenn schon, müsste eine Initiative in diese Richtung tatsächlich eher von Sofia aus erfolgen. Hier gibt es ein mögliches Interesse: die Rettung des Regimes. Eine direkte Annexion Bulgariens durch die Sowjetunion würde die Unfähigkeit der bulgarischen Führung erweisen, dem Widerstand im Land mit anderen Mitteln beizukommen.

Vorderhand wichtiger ist die Frage, ob die faktische Sowjetisierung Bulgariens den Widerstand brechen kann. Ihr bisheriger Verlauf hat auf jeden Fall nicht verhindert, dass Unruhe über den Mustersatelliten gekommen ist. k. d.



Aus «Starschel», Sofia. Links: Die zuständige Stelle (12. 5. 1978). Rechts: Erntearbeit als Warten, bis die Früchte fallen (24. 3. 1978).